

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen.
1912. Nr. 79. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 2056.

Zweite Ausgabe
Freitag, 16. Februar 1912.

Verlagsgesellschaft für die redigierten Blätter: Hermann Müller & Co. in Halle a. S. (Halle 100 1/2).
Verlagsgesellschaft für die redigierten Blätter: Hermann Müller & Co. in Halle a. S. (Halle 100 1/2).
Verlagsgesellschaft für die redigierten Blätter: Hermann Müller & Co. in Halle a. S. (Halle 100 1/2).

Geleketwurf gegen Fremdwörter im Handelsverkehr.

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Verband nationaler Vereine unter Beteiligung vom Ostmarkenverein, Kolonialverein, Allgemeinen Deutschen Sprachverein, Deutschen Sprach- und Schriftvereins, Verband-Union, Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband, Bund vaterländischer Arbeitervereine usw. unter dem Vorsitz von Professor Dr. Friedrich Cresselberg beschlossen, auf das dringlichste Serrenhaus und an das Abgeordnetenhaus mit Unterbreitung eines Geleketwurfs eine Petition zu richten, welche die Abwehr des Unkrautes in öffentlichen Geschäfts- und Handlungsbüchern und Warenanpreisungen zum Zwecke hat. Die Petition lautet:

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Verband nationaler Vereine unter Beteiligung vom Ostmarkenverein, Kolonialverein, Allgemeinen Deutschen Sprachverein, Deutschen Sprach- und Schriftvereins, Verband-Union, Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband, Bund vaterländischer Arbeitervereine usw. unter dem Vorsitz von Professor Dr. Friedrich Cresselberg beschlossen, auf das dringlichste Serrenhaus und an das Abgeordnetenhaus mit Unterbreitung eines Geleketwurfs eine Petition zu richten, welche die Abwehr des Unkrautes in öffentlichen Geschäfts- und Handlungsbüchern und Warenanpreisungen zum Zwecke hat. Die Petition lautet:

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Verband nationaler Vereine unter Beteiligung vom Ostmarkenverein, Kolonialverein, Allgemeinen Deutschen Sprachverein, Deutschen Sprach- und Schriftvereins, Verband-Union, Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband, Bund vaterländischer Arbeitervereine usw. unter dem Vorsitz von Professor Dr. Friedrich Cresselberg beschlossen, auf das dringlichste Serrenhaus und an das Abgeordnetenhaus mit Unterbreitung eines Geleketwurfs eine Petition zu richten, welche die Abwehr des Unkrautes in öffentlichen Geschäfts- und Handlungsbüchern und Warenanpreisungen zum Zwecke hat. Die Petition lautet:

Die deutsch-englischen Beziehungen.

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Verband nationaler Vereine unter Beteiligung vom Ostmarkenverein, Kolonialverein, Allgemeinen Deutschen Sprachverein, Deutschen Sprach- und Schriftvereins, Verband-Union, Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband, Bund vaterländischer Arbeitervereine usw. unter dem Vorsitz von Professor Dr. Friedrich Cresselberg beschlossen, auf das dringlichste Serrenhaus und an das Abgeordnetenhaus mit Unterbreitung eines Geleketwurfs eine Petition zu richten, welche die Abwehr des Unkrautes in öffentlichen Geschäfts- und Handlungsbüchern und Warenanpreisungen zum Zwecke hat. Die Petition lautet:

und Oberhause über die deutsch-englischen Beziehungen und die Mission Lord Salbanses in Berlin (bergl. Nr. 77 und Nr. 78 der „Sachl. Bl.“). „Daily Chronicle“ schreibt:

Der ganze Ton nicht nur der Rede des Fremcienministers und Lord Salbanses, sondern auch der ausführliche Hinweis Lord Salbanses waren außerordentlich herzlich und befreundet. Wir alle hoffen, daß die Mission Lord Salbanses sich als nützlich erweisen wird, und die Veränderungen der Regierung geben uns Grund zu dieser Hoffnung. Wir heißen den Eifer, den die Regierung in dieser Sache bezeugt hat, und nicht minder die erhellende Wärme bei den geliebten Ausführungen über Deutschland herzlich willkommen. Auf Worte müssen nun folgen. Aber wir glauben, daß, nachdem unsere Sprache und unsere Empfindungen aufgetaucht sind, auch unsere gegenseitigen Beziehungen bald aufbunnen werden.

„Daily News“ schreibt: Man hoffe, durch Minister Asquith eine Erklärung über den Besuch Lord Salbanses zu erhalten, und diese Erklärung würde allgemein die Befriedigung hervorufen. Man wird festhalten dürfen, daß die Wünsche auf eine Verständigung zwischen Deutschland und England viel besser sind als je zuvor. Die Frage ist aus dem Stadium des Redens in das Stadium des Handelns übergegangen. Das ist ein Ethik-Diplomatie, zu dem die deutsche und englische Regierung zu befreundlichen sind, und es ist erhellend, festzustellen, daß diese von sehr verschiedenen aus einem guten Einverständnis mit Deutschland ebenmäßig aussprechen wie alle anderen.

„Daily Graphic“ sagt: Die kurze, aber prägnante Erklärung Minister Asquiths über die deutsch-englischen Beziehungen werde von dem ganzen Lande mit Spannung den lebhaftesten Genugtuung aufgenommen. In einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens, gegenseitiger Offenheit und guten Willens werden sich alle Schwierigkeiten zwischen den beiden Völkern leicht lösen lassen. Und das gelten ganz besonders auch von der Neutralität zur See.

Die „Morning Post“ zeigt eine skeptische Haltung und sagt: Es ist niemals klar, internationale Erörterungen zu beginnen, die zu keinem Ergebnis führen. Die Beziehungen werden danach eher schlechter als besser. Wir hätten eine gründliche Zurückhaltung und sorgfältige Untersuchung über die Ziele der britischen Politik wie über die Mittel, sie zu verwirklichen, vorgezogen.

Auch die Pariser Presse bezieht sich lebhaft auf die Rede Asquiths und des Lord of Crewe. Der „Figaro“ schreibt: Wir vergleichen mit Vergnügen die Veränderung des englischen Premier, daß das System der Bündnisse und Entenken noch wie vor unerschütterlich fortbestehen wird. Wir haben nicht einen Augenblick an der Aufrichtigkeit und Loyalität unserer englischen Freunde zweifeln, und wenn es dank dem gegenseitigen guten Willen gelingen sollte, einen die Ruhe Europas gefährdenden Zustand zu beenden, dann werden wir uns sehr aufrecht darüber freuen.

Der „Gaulois“ sagt: Es handelt sich nicht darum, die Mündigkeit der englischen, deutschen, französischen oder russischen Politik aufzugeben. Die Bündnisse und Freundschaften werden fortbestehen. Es handelt sich einfach darum, der Politik der beiden Mächtegruppen eine Entschärfung im Sinne des Friedens zu ermöglichen. In dieser Hinsicht können die englisch-deutschen Annäherungsbestrebungen eine bemerkenswerte Tragweite haben. Wir brauchen uns nicht darüber zu beunruhigen; im Gegenteil, wir können uns dazu beglückwünschen. Es liegt in unserem Interesse, daß eine Allianz existiert, die uns gestattet, das so mühsam erzwungene marokkanische Protokoll auf eine feste Grundlage zu stellen.

Der „L'empire“ schreibt zur Rede Asquiths: Nach dieser Rede ist der Optimismus nicht mehr am Platze. Gewiß, das Uebereinkommen, welches die beiden Regierungen abgeschlossen haben, kann nicht mit einem Federstrich die zwischen England und Deutschland bestehende Feindschaft zur See beenden, welche noch lange den Hauptpfeiler der gegenwärtigen Streit bilden wird. Aber es würde dem Zustande der Spannung ein Ende machen, der so häufig nach dem europäischen Festen zurückfällt. Man muß sich auch besinnen, die Verden Europas zu beruhigen. Die einzige Gefahr, die noch besteht, ist, welche aus einem Mißverständnis der dort vorhandenen Verhältnisse hervorgeht und aus ihrem allzu langsamen Verlaufe erwachsen könnte. Es wäre schlimm, wenn sich England und Deutschland, nachdem man wohl es erwidert hätte, daß sie sich die Hand reichen wollen, nach reichlicher Ueberlegung den Rücken kehren würden.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Zu dem ersten Lesung des Etats die amtliche Erklärung ab, daß der englische Kriegsminister Salbanses im Auftrag des englischen Kabinetts in Berlin Verhandlungen geführt habe, die eine Grundlage für vertrauensvolle Beziehungen schaffen sollen. (Bergl. Parlamentsbericht.)

Deutsches Reich.

* Kaiser und Kaiserin. Der Kaiser fuhr am Donnerstag vormittag gegen 11 Uhr beim Reichskanzler vor und verweilte dort gegen 4 Stunden.
* König Maria. Auf den Tischler-Jahrestag ist im Alter von 85 Jahren der Oberhäuptling von Samoa, Maria, gestorben, der dort dreimal die Königswürde be-

leidet hat und bei der Aufteilung Samoas 1899 die Würde des Oberhäuptlings erhielt. Während der Unabhängigkeit Samoas befandete er eine deutsch-freundliche Gesinnung.

* Bayern im Bundesrat. Durch Allerhöchste Entschliessung sind die zurückgetretenen bayerischen Staatsminister, die Mitglieder des Bundesrats waren, von ihrer Stellung als bayerische Bundesratsmitglieder entlassen, und an ihrer Stelle die Staatsminister Freiberger, v. Dilling, Freiberger u. Soden, v. Plehmann und v. Zeunig zu bayerischen Bundesratsmitgliedern ernannt worden.

* In der Sitzung des Bundesrats am 15. cr. wurde der Vorlage betreffend Änderung des Formulars der Wandergewerbebescheinigung zugestimmt. Der Entwurf einer neuen Vereinbarung leichter Vorschriften für den wöchentlichen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands einerseits und Österreichs und Ungarns andererseits gelangte zur Annahme.

* Für Verrechnungsbeiträge sind bekanntlich in den nachfolgenden Monaten zu leisten, nachdem der entsprechende Posten im laufenden Etat um 5 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre aufgebessert war, 2 Millionen Mark oder nahezu 0,4 Millionen Mark mehr als für 1911 eingestellt. Diese Summe wird unter Abzug von 0,5 Millionen Mark, die als Reserve einbehalten werden, um einen etwaigen nachträglichen Mehrbedarf zu decken, an die Bundesstaaten und an Elsaß-Lothringen zur Verteilung gebracht werden. Die Verteilung erfolgt, worauf, da der betreffende Zernin nahe ist, besonders aufmerksamer getand werden soll, nach dem Verhältnis der Kopfzahl derjenigen Kriegsteilnehmer, die in den einzelnen Bundesstaaten am 1. März 1912 als bezugsberechtigt anerkannt waren. Die tatsächliche gezahlten Beihilfen haben sich von Jahr zu Jahr beträchtlich gesteigert. Sie betragen in 1907 rund 18,7, in 1908 rund 20,3, in 1909 rund 21,5 und in 1910 rund 23 Millionen Mark aus.

* Die Zusammenfassung des brennlichen Abgeordnetenhaus. Nach dem am 12. Februar abgeschlossenen Verzeichnis der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten zählt die konservative Fraktion 150, die progressiv-liberale 61, die Nationalliberalen 65, die Volkspartei 36, das Zentrum 103, die politische Fraktion 15, die sozialdemokratische Fraktion 6 Mitglieder. Außerdem gehören dem Hause an: 2 Damen und 1 „Bilder“ (H. Kloben, Abgeordneter für Wiesbaden 7, St. Goarshausen, Rheinl.-Kreis Weidenheim), Erledigt sind vier Mandate. Von den 150 konservativen sind 23 in Ostpreußen, 22 in Brandenburg, 24 in Pommern, 25 in Schlesien, 17 in Sachsen, 9 in Polen, 7 in Westpreußen gebürtig. Die Mitglieder des Zentrums vertreten ganz überwiegend rheinische (47), schlesische (24) und westfälische (18) Wahlkreise. Die progressiv-liberalen haben ihre Züge vorzugsweise in Hannover (13), Schleswig-Holstein (10), Sachsen (9), Sachsen (7), Westpreußen und Brandenburg (je 8). Von den 65 Mandaten der national-liberalen Fraktion befinden sich 14 in Hannover, 12 in der Rheinprovinz, je 8 in Sachsen, Westfalen und Hessen-Nassau. Die Volkspartei hat 11 Mandate in Brandenburg, davon 6 in Berlin, 5 in der übrigen Provinz; von den übrigen 27 Mandaten fallen 6 auf Polen, 4 auf Schlesien, 3 auf Schleswig-Holstein. Die Mandate der politischen Fraktion befinden sich in Polen (9), Westpreußen und Sachsen (je 3). Von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Hauses sind 5 in Brandenburg (Berlin), 1 in Hannover gebürtig. — Nach Maßgabe der Zahl der gewählten Abgeordneten ergibt sich folgende Reihenfolge der Provinzen: Sachsen 66, Rheinprovinz 63, Brandenburg 60, Sachsen 38, Hannover 36, Westfalen 31, Ostpreußen 30, Polen 29, Hannover 26, Hessen-Nassau 26, Westpreußen 22, Schleswig-Holstein 19, Sachsen 20 Abgeordnete.

Der Kampf zwischen Großhändlern und Kleinmüllern.

Zu der Wochenfrist „Deutscher Müller“ schreibt der Herausgeber, der bekannte Mittelständler Theodor Fröhlich, u. a.: Das umfangreiche Mühlengewerbe, das im Deutschen Reich noch immer 400 000 Familien ernährt, führt seit Jahrzehnten einen verzweifelten Kampf um seine Existenz. In den großen Opaenplätzen haben sich eine Anzahl großer Mühlenfabriken etabliert, die hauptsächlich ausländisches Getreide verarbeiten und damit den anderen Mühlern im Inlande eine immer größere Konkurrenz bereiten. Durch diesen übertriebene Wettbewerb sind in den letzten 25 Jahren bereits gegen 18 000 Mühlen eingegangen, und es scheint, als ob auch die übrigen Mühlen und Kleinmüllern alle vernichtet werden sollten. Damit würde aber ein aufsehenerregender Teil des Nationalvermögens entwertet und die Familien zahllos ins Elend gestürzt werden. Auch würde der Handel in vielen Gegenden den wichtigsten Annehmer seines Getreides entbehren.

Die Vertreter der großen Mühlenfabriken ziehen nun gegen den Nachschub und Sandverehr zum Vergleich heran, um zu beweisen, daß die Kleinmüllern nicht mehr existenzfähig wären. Sie sagen: Die der Mühlenfabrik mit feineren Mühlsteinen, arbeit nicht mehr bestehen kann neben der modernen Mühlenfabrik, die mit Maschinen (Pressen und Stangen) arbeitet, und die der Sandverehr nicht mehr mit dem mechanischen Weibstuf konkurrieren könne, so müße auch der kleine Müller vor der modernen Mühlenfabrik notgedrungen zurückweichen. Eine solche Weibstufung hat für das große Publikum, das von den notwendigen und mütterlichen Bedürfnissen keine Abnung hat,

etwas sehr Bestehendes; wer aber die Aufgaben der Praxis kennt, kann diesen Vergleich nur hoch anerkennen. Nicht denn etwa der heutige Kleinmüller sein Recht mit der Hand — aber mit der Gassenmühle? — Nein, er hat ebenfalls Maschinen, und zwar ganz dieselben wie der Großmüller. Er besitzt sie aus derselben Fabrik und Mühlstein-Anzahl wie der Großmüllerfabrikant; der Unterschied ist bloß der, daß der Kleinmüller nur zwei oder drei Mühlsteine hat, während der spekulative Großmüller 50 oder 100 solcher Mühlsteine von derselben Gasse kauft. Doch aber diese Maschinen in der Kleinmühlerei ein besseres Recht machen müssen, als in der Kleinmühle, wo sie in fast ausschließlich geschiedenen Straßen bedient werden, erfordern doch jeder als eine Freiheit...

Wenn nun immer wieder in öffentlichen Blättern die Mülleere als ein rückwärtsiges Gewerbe hingestellt und mit dem Hofgeschmied und Handwerker verglichen wird, so handelt sich's gänzlich um eine Fälschung der öffentlichen Meinung. Solche Märgen mögen vielfach von Leuten ausgehen, die es selber nicht besser wissen; wenn aber ein bekannter Mühleindustrieller Director immer wieder diese falsche Darlegung in die Blätter bringt, so handelt er nicht besser als Weisheit. Dieses Verfahren, einen ehrenhaften, irdischen, nach Zehntausenden zählenden Erwerb, die Mittel- und Kleinmüller in der Öffentlichkeit in dieser Weise herabzusetzen, ist nicht zu billigen.

* Zur Erinnerung des Deutschen Anzeigenblattes. Dem in Hannover wohnenden Vater des im März erkrankten Sohns Ingermann ist ein Telegramm des Aufsichtsrats des Vereins in Berlin zugegangen, in welchem unter dem Ausdruck wärmster Teilnahme die Nachricht von dem Tode seines Sohnes in Regio bestätigt wird.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 15. Februar 1912.

Im Ministerlich Landwirtschafminister Herr v. Schorlemer, Präsident Herr v. Erffa eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Zunächst fand die Vereidigung der neuen Mitglieder Einmütig (Konf.), Müll (b. L. F.), Kurajewski (Pole) und Wardard (Konf.) statt.

Sodann wurde die zweite Beratung des Etats der landwirtschaflichen Verwaltung mit der Befragung über die innere Kolonisation fortgesetzt.

Herr v. Marboeff (Preuss.) : Wir treten für eine planmäßige und zielbewusste innerkolonisation ein. Im Mittelpunkt der inneren Kolonisation muß die Bauernfrage stehen. Aber auch die Arbeiterfrage ist außerordentlich wichtig. Die Voraussetzung, daß die Schutzpolitik der inneren Kolonisation nicht in der Höhe liegt, ist nicht richtig. (Beifall rechts.)

Herr v. Hoffmann (Konf.) : Solange Sie mit der inneren Kolonisation die Polen verfolgen und die Leute zur Emigration zwingen, werden Sie keine Erfolge damit erzielen. Wenn Sie (nach rechts) das Geld, das Sie in die afrikanischen Simpe stecken, für die innere Kolonisation verwenden würden, dann würde die Reichsregierung die Arbeiter sowie Ihr Hofgut und Ihre Unternehmungskraft ein Ende haben.

Präsident Herr v. Erffa : Wenn Sie den Ausdruck „Sozialismus“ auf Mitglieder des Hauses bezogen haben, so war er durchaus unparlamentarisch.

Herr v. Hoffmann (Konf.) : Aber guttenteil!

Herr v. Hofmann (Konf.) : Wir erwarten von der inneren Kolonisation neben der Befestigung des Bauernstandes die Anstellung eines sechsten Arbeitertandes.

Landwirtschafminister Herr v. Schorlemer : Die Arbeiterangelegenheiten haben in den letzten Jahren sehr extreme Fortschritte gemacht. Der Wunsch, daß die Arbeiter in Ansehung ihrer Tätigkeit gehalten werden, ist durchaus unbegründet. Ich habe bereits in der Kommission erklärt, daß die Regierung bereit ist, Domänen für Zwecke der inneren Kolonisation zur Verfügung zu stellen.

Herr v. d. Osten (Konf.) : Die Rede des Hrn. Hoffmann zeigte, wie wenig die Sozialdemokratie geneigt ist, in sachlicher Arbeit mit uns sich zu vereinigen.

Die Denkschrift über die innere Kolonisation wurde hierauf durch Kenntnisnahme ihrer erledigt.

Der Antrag der Abgeordneten, auf die Erweiterungsbau des Geschäftsbüroausrüstungsausschusses auf dem Landtagshaus 10 000 Mark mehr zu bewilligen, als im Etat vorgesehen ist, wurde angenommen und damit der Beschlußstand erledigt.

Es folgte die Beratung des Fortsetztes.

Herr v. Wiegmann (Konf.) : Die Einnahmen aus der Fortsetzungsbau könnten noch ertragreicher gestaltet werden. Wenn z. B. die Oberförster selbständig gestellt würden, so könnten verschiedene Fortsetzstellen geparkt werden.

Herr v. Krantz-Waldenburg (Preuss.) : Trät für die Erhaltung der kleinen eigenartigen Hofwirtschaf im Thüringer Wald ein.

Oberlandwirtschafminister Herr v. Schorlemer : Die Anweisung des Vorredners wird wohlwollend geprüft werden. Der Schaden durch Hofgut ist nicht vermeidlich; wir können deshalb nicht alles Hofgut abschaffen. Die Ausfichten der Fortsetzungen werden in der nächsten Zeit besser werden. Die Fortsetzungsbau gibt in weitem Maße Wohlstand ab. Aber je muß dabei vorsichtig vorgehen, weil es oft vorkommt, daß die Landwirte vorher sitzen und Stroh verkaufen.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. Außerdem Domänenetat und Anträge, Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 15. Februar 1912.

Im Bundespräsidiale die Staatssekretäre Dr. Dethlefs, Herrmann, Dr. Fisco, v. Krippel und Kraetz und der Präsident des Reichstages Dr. Winter. Die Sitzung des Reichstages wurde um 11 Uhr 15 Minuten und gab dem, daß Herr v. Meier-Rohlf (Str.) (b. Wahlkreis Köln) sein Mandat niederlegt hat.

Reichskanzler Dr. v. Hofmann : Meine Herren! Ich will mich nicht zu Fragen der inneren Politik äußern, die

Sodann wurde die erste Beratung des Etats fortgesetzt.

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ständen die Zahlen günstig übersehen sind, verlangt das Volk brauchen keine Zehnter vom Reichslohn. In diesem Grunde lehne ich es ab, näher an die Vorgänge bei den Reichslohn, eben auch auf den letzten und überzogenen Nachkauf bei im Laufe eingehen, der gestern einen vorläufigen Höhepunkt gefunden hat. Im Österreich ist im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen eine vierte Präbententafel geschaffen, um unseren Genossen Vorkerker freizumachen, der viel schwerer als das Haus Hohenzollern als als beizuführen über die Hofsozialisten die Konvention. (Beifall.)

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ständen die Zahlen günstig übersehen sind, verlangt das Volk brauchen keine Zehnter vom Reichslohn. In diesem Grunde lehne ich es ab, näher an die Vorgänge bei den Reichslohn, eben auch auf den letzten und überzogenen Nachkauf bei im Laufe eingehen, der gestern einen vorläufigen Höhepunkt gefunden hat. Im Österreich ist im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen eine vierte Präbententafel geschaffen, um unseren Genossen Vorkerker freizumachen, der viel schwerer als das Haus Hohenzollern als als beizuführen über die Hofsozialisten die Konvention. (Beifall.)

Präsident Herr v. Erffa : Ich möchte eine Etide in der Rede des Hrn. Brand-Wambem über den Etat sprechen. (Große Beifall.) Befremden muß uns, daß schon jetzt wieder eine Heeres- und Flottenvermehrung gefordert wird, nachdem noch im vorigen Jahre erklärt wurde, in absehbarer Zeit beschließen man sich nicht mit einem solchen Plan. Die Wiedereinbringung der abgelehnten Urbanfallsteuer wäre als Brückenschlag zwischen den Parteien anzusehen, die das große Opfer der Reichsfinanzreform gebracht haben. (Große Beifall.)

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ich möchte eine Etide in der Rede des Hrn. Brand-Wambem über den Etat sprechen. (Große Beifall.) Befremden muß uns, daß schon jetzt wieder eine Heeres- und Flottenvermehrung gefordert wird, nachdem noch im vorigen Jahre erklärt wurde, in absehbarer Zeit beschließen man sich nicht mit einem solchen Plan. Die Wiedereinbringung der abgelehnten Urbanfallsteuer wäre als Brückenschlag zwischen den Parteien anzusehen, die das große Opfer der Reichsfinanzreform gebracht haben. (Große Beifall.)

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ich möchte eine Etide in der Rede des Hrn. Brand-Wambem über den Etat sprechen. (Große Beifall.) Befremden muß uns, daß schon jetzt wieder eine Heeres- und Flottenvermehrung gefordert wird, nachdem noch im vorigen Jahre erklärt wurde, in absehbarer Zeit beschließen man sich nicht mit einem solchen Plan. Die Wiedereinbringung der abgelehnten Urbanfallsteuer wäre als Brückenschlag zwischen den Parteien anzusehen, die das große Opfer der Reichsfinanzreform gebracht haben. (Große Beifall.)

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ich möchte eine Etide in der Rede des Hrn. Brand-Wambem über den Etat sprechen. (Große Beifall.) Befremden muß uns, daß schon jetzt wieder eine Heeres- und Flottenvermehrung gefordert wird, nachdem noch im vorigen Jahre erklärt wurde, in absehbarer Zeit beschließen man sich nicht mit einem solchen Plan. Die Wiedereinbringung der abgelehnten Urbanfallsteuer wäre als Brückenschlag zwischen den Parteien anzusehen, die das große Opfer der Reichsfinanzreform gebracht haben. (Große Beifall.)

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ich möchte eine Etide in der Rede des Hrn. Brand-Wambem über den Etat sprechen. (Große Beifall.) Befremden muß uns, daß schon jetzt wieder eine Heeres- und Flottenvermehrung gefordert wird, nachdem noch im vorigen Jahre erklärt wurde, in absehbarer Zeit beschließen man sich nicht mit einem solchen Plan. Die Wiedereinbringung der abgelehnten Urbanfallsteuer wäre als Brückenschlag zwischen den Parteien anzusehen, die das große Opfer der Reichsfinanzreform gebracht haben. (Große Beifall.)

Herrn Abgeordneten Dr. Frank und Speck haben Bezug genommen auf die Äußerungen, die der englische Premierminister gestern in Unterhause über die wechselseitigen Beziehungen zwischen England und Deutschland gemacht hat. Die Übereinstimmung in diesen Äußerungen will ich meinerseits hier folgendes erklären. Der englische Kriegsminister Lord Salisbury hat bei seiner hiesigen Anwesenheit, wenn auch ohne Ermächtigung zu verbindenden Aussagen, so doch im Auftrag des englischen Kabinetts die Punkte, an denen sich die Interessen der beiden Länder berühren, mit uns durchgesprochen, um eine Grundlage für vertrauensvolle Beziehungen herzustellen. (Beifall.) Die Ausprägung, die von uns selbst begrüßt worden ist, hat in wesentlichen eingesehen und offenen Unterhaltungen festgehalten und wird fortgesetzt werden. (Beifall.) Ich hoffe, daß hohe Staats wird mir daran beizufügen, daß ich in diesem Stadium der Angelegenheit weiteres nicht erklären kann. (Sehr richtig!) Ich habe aber nicht ärgern wollen, dem Reichstag Mitteilung zu machen von der Tatsache der Besprechungen und von ihren Zielen. (Beifall.)

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ich möchte eine Etide in der Rede des Hrn. Brand-Wambem über den Etat sprechen. (Große Beifall.) Befremden muß uns, daß schon jetzt wieder eine Heeres- und Flottenvermehrung gefordert wird, nachdem noch im vorigen Jahre erklärt wurde, in absehbarer Zeit beschließen man sich nicht mit einem solchen Plan. Die Wiedereinbringung der abgelehnten Urbanfallsteuer wäre als Brückenschlag zwischen den Parteien anzusehen, die das große Opfer der Reichsfinanzreform gebracht haben. (Große Beifall.)

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ich möchte eine Etide in der Rede des Hrn. Brand-Wambem über den Etat sprechen. (Große Beifall.) Befremden muß uns, daß schon jetzt wieder eine Heeres- und Flottenvermehrung gefordert wird, nachdem noch im vorigen Jahre erklärt wurde, in absehbarer Zeit beschließen man sich nicht mit einem solchen Plan. Die Wiedereinbringung der abgelehnten Urbanfallsteuer wäre als Brückenschlag zwischen den Parteien anzusehen, die das große Opfer der Reichsfinanzreform gebracht haben. (Große Beifall.)

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ich möchte eine Etide in der Rede des Hrn. Brand-Wambem über den Etat sprechen. (Große Beifall.) Befremden muß uns, daß schon jetzt wieder eine Heeres- und Flottenvermehrung gefordert wird, nachdem noch im vorigen Jahre erklärt wurde, in absehbarer Zeit beschließen man sich nicht mit einem solchen Plan. Die Wiedereinbringung der abgelehnten Urbanfallsteuer wäre als Brückenschlag zwischen den Parteien anzusehen, die das große Opfer der Reichsfinanzreform gebracht haben. (Große Beifall.)

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ich möchte eine Etide in der Rede des Hrn. Brand-Wambem über den Etat sprechen. (Große Beifall.) Befremden muß uns, daß schon jetzt wieder eine Heeres- und Flottenvermehrung gefordert wird, nachdem noch im vorigen Jahre erklärt wurde, in absehbarer Zeit beschließen man sich nicht mit einem solchen Plan. Die Wiedereinbringung der abgelehnten Urbanfallsteuer wäre als Brückenschlag zwischen den Parteien anzusehen, die das große Opfer der Reichsfinanzreform gebracht haben. (Große Beifall.)

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ich möchte eine Etide in der Rede des Hrn. Brand-Wambem über den Etat sprechen. (Große Beifall.) Befremden muß uns, daß schon jetzt wieder eine Heeres- und Flottenvermehrung gefordert wird, nachdem noch im vorigen Jahre erklärt wurde, in absehbarer Zeit beschließen man sich nicht mit einem solchen Plan. Die Wiedereinbringung der abgelehnten Urbanfallsteuer wäre als Brückenschlag zwischen den Parteien anzusehen, die das große Opfer der Reichsfinanzreform gebracht haben. (Große Beifall.)

Herr v. Brand-Wambem (Konf.) : Ich möchte eine Etide in der Rede des Hrn. Brand-Wambem über den Etat sprechen. (Große Beifall.) Befremden muß uns, daß schon jetzt wieder eine Heeres- und Flottenvermehrung gefordert wird, nachdem noch im vorigen Jahre erklärt wurde, in absehbarer Zeit beschließen man sich nicht mit einem solchen Plan. Die Wiedereinbringung der abgelehnten Urbanfallsteuer wäre als Brückenschlag zwischen den Parteien anzusehen, die das große Opfer der Reichsfinanzreform gebracht haben. (Große Beifall.)

Ausland.

Der italienisch-türkische Krieg.

General Canalis hat gestern abend seine Mission über Neapel nach Tripolis angetreten. Zur Verabschiedung waren auf dem Bahnhof in Rom Kriegsminister Spingardi, Postminister Calliano, der Chef des Generalstabes, sowie zahlreiche höhere Offiziere erschienen. Die türkische Regierung verfügte die Ausweisung einiger italienischer Staatsangehöriger aus Saloniki, deren Haltung angeblich verächtlich erregt.

Marokko.

Ins Madrid hier gemeldet: Ministerpräsident Canalejas erklärte, Spanien habe nicht die Absicht, zur Beendigung der Verhandlungen mit Frankreich, Argila zu verlassen. Der Pariser „Temps“ meldet aus Fez: Der Sultan und die Leute des Machen legen die Untätigkeit, welche Frankreich trotz des Abkommens vom 4. November 1911 an dem Tag legt, als ein Zeichen der Schwäche aus und benutzen sie, um von neuem die Stämme auszulösen und die Güter des Machen zu verheeren. Wenn man einem neuen Aufstand vorbeugen wollte, dann müßte man diesen Wildbrüthen talcheitens ein Ende machen, indem man dem Sultan entsprechende Eritensmittel gewähre und ihn so der Notwendigkeit entbehe, zu so argen Wachenheiten zu greifen.

Die Republik China.

Nach einem amtlichen Telegramm aus Peking haben sich der Präsident der Republik Sun Yat-sen und das Kabinet am Mittwoch in die Nationalversammlung gegeben und dort in aller Form ihre Entlassung gegeben. Es empfanden dringende die Wahl Yuan Shikais zum Präsidenten der Republik. Der Vorsitzende konnte unter dem Beifall der Versammlung dem Präsidenten für seine Tätigkeit und seine Selbstlosigkeit. Die Nationalversammlung nahm die Abhandlung an unter der Bedingung, daß der Präsident und das Kabinet ihre Tätigkeit fortsetzen, bis der neu zu wählende Präsident sein Amt antritt.

Die Luftschiffahrt.

Die patriotische 100 000-Mark-Spende der Herren Otto und Karl Penckel.

Auf die Mitteilung der patriotischen Spende der Herren Otto und Karl Penckel, Mitglieder der Zeppelin-Kommission, betreffend die Anschaffung weiterer Flugzeuge für das deutsche Heer ist von S. M. dem Kaiser folgendes Telegramm eingegangen: Ich genehmige gern, daß Sie zur Anschaffung weiterer Flugzeuge für das deutsche Heer eine Summe von einhunderttausend Mark zur Verfügung stellen und ich spreche Ihnen gleichzeitig für diese patriotische Tat Meinen wärmsten Dank aus. Wilhelm, K. R.

Schwäbischer Sturz.

Am Donnerstag nachmittag ist der Albatross-Flieger Schmidt bei Oberhessweide abgestürzt und hat schwere Verletzungen erlitten. — Eine später einlaufende Meldung besagt: Der auf dem Grundriss der Neuen Automobilgesellschaft in Oberhessweide berunglückte Privatflieger Schmidt ging aus einer Höhe von 800 Metern in großen Spiralen nieder, da, wie er später selbst angab, sein Höhenzettel nicht mehr funktionierte. Etwa 30 Meter von der Erde entfernt landete er so heftig, daß er nach oben wie ein Stein hinunter fiel. Er wurde in dem Augenblick, als er noch dem Lagerort der Bismarck-Gesellschaft, dort stellte sich heraus, daß er einen Beinbruch und schwere innere Verletzungen erlitten hat. Nach Anlegung der nötigen Verbande wurde Schmidt dem Elisabeth-Krankenhaus zugeführt. Der Apparat ist völlig gerettet.

Berliner Börse, 15. Febr. 1912

Main table containing various stock market listings, including columns for company names, prices, and exchange rates. Includes sections like 'Deutsche Hypoth.-Plandb.', 'Bank-Aktion', and 'Schiffahrt-Actien'.